

Die Voraussetzungen

Seit die Bundesrepublik Verständigung mit Polen sucht, geht es um Verständigung mit Polen und nicht mit irgendeinem Regime. Willy Brandts Partner beim ersten entscheidenden Schritt 1969/70 war Władysław Gomułka; den zweiten, fast ebenso wichtigen Schritt gingen Helmut Schmidt und Edward Gierek miteinander. Gomułka wie Gierek genossen Respekt bei uns, Gierek gewann sogar, besonders nach seinem Besuch in der Bundesrepublik im Jahre 1976, fast so etwas wie Popularität. An beide knüpften sich Erwartungen, man sah (zu Recht) den „nationalen“ oder „liberalen“ Kommunisten, aber beide enttäuschten. Gomułka ließ auf Arbeiter schießen, die nicht seiner Meinung waren, ein guter Vertrag mit den Deutschen rechtfertigte eine Erhöhung der Fleischpreise. Und Gierek, der Wirtschaftswundertäter, ruinierte sein Land ökonomisch so gründlich, daß es bis zum Ende des Jahrhunderts darunter leiden müssen. Auch was politisch folgte, hat er verursacht: ohne Gierek hätte es weder den Gewerkschaftsvorsitzenden Wałęsa noch den Militärratsvorsitzenden Jaruzelski gegeben.

So fragt sich, wo denn das Problem unserer Polen-Politik seit der Erklärung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 liegt. Weder Jaruzelski noch seine Führungsmannschaft sind schlimmer als ihre Vorgänger, teilweise läßt sich sogar das Gegenteil behaupten. Und selbst im Polen unter Kriegsrecht ließ es sich, nach den ersten stürmischen Wochen, politisch noch immer besser leben als unter manchen anderen Ost-Regimen im Normalzustand. In Polen gab es auch keine Rachejustiz mit zahlreichen Todesurteilen wie in Ungarn nach 1956, auch nicht die bleierne politische Kirchhofsstille der Tschechoslowakei nach dem April 1969, als Dubček gehen mußte und Husák kam.

Natürlich hat sich in Polen unter dem Militärрат vieles geändert. Die Freiheiten der „Solidaritäts“-Zeit von Herbst 1980 bis Ende 1981 wurden aufgehoben oder eingeschränkt, die Führung nahm das Land unter Kontrolle, die Sicherheitskräfte spielen eine bedenklich große Rolle, und es gibt, was es vorher nicht gab, politische Gefangene. Doch die entscheidende Änderung ist anderer Art: viel mehr als die Politik haben sich die Ansprüche der Polen an die Politik gewandelt. Zwischen der Gründung der „Solidarität“ und der Machtnahme der Militärs ist in Polen etwas geschehen, was nur schwer wieder rückgängig zu machen ist. Nicht nur für einen Augenblick wie in Ungarn 1956 und nicht nur für wenige Monate wie in der Tschechoslowakei 1968 herrschte eine kaum beschränkte Freiheit. Fast anderthalb Jahre lang hatten sich die Polen daran gewöhnt, daß sie der Funktionärswillkür begegnen konnten, daß sie — erstmals seit 30 Jahren — nicht mehr Objekt, sondern auch Subjekt der Politik geworden waren und daß die Wahrheit nicht nur ausgesprochen, sondern anerkannt wurde.

Die Erklärung des Kriegsrechts traf Polen am 13. Dezember 1981 daher viel härter, als es irgendwann früher der Fall gewesen wäre. Auch der Vergleich mit den Verhältnissen der Nachbarstaaten vermochte und vermag keinerlei Trost zu geben, denn die „Solidaritäts“-Zeit ist für die meisten Polen zum Gradmesser geworden. Jaruzelski kann besser oder jedenfalls nicht schlechter sein als seine Vorgänger — nach dem Aufbruch und den Träumen der Jahre 1980 und 81 muß er als Tyrann erscheinen.

In diesem Wechsel der Maßstäbe liegt das Problem der westlichen Polen-Politik; es ist zunächst ein Problem der eigenen Orientierung. Wonach sollen wir uns richten? Nachdem Polen anderthalb Jahre lang fast wie ein westliches Land aussah, messen wir es mit unserer Elle. Daß zum Beispiel nach dem polnischen Gewerkschaftsgesetz Streik nur unter vielerlei Voraussetzungen möglich sein soll, erscheint schlimmer als der Zustand aller anderen Ost-Staaten, wo Streik überhaupt nicht vorgesehen ist. Bei solcher Betrachtung treffen wir uns mit zahlreichen Polen, vielleicht mit der Mehrheit. Aber treffen wir damit auch noch die Wirklichkeit?

Doch wohin kommt man, wenn man das im Osten Übliche und Mögliche zum Maßstab nimmt? Das Verständnis für die Nöte, zum Teil auch die Maßnahmen der Regierung in Warschau wächst, aber die Entfernung von der Bevölkerung ebenfalls.

Seit die Bundesrepublik Polen-Politik treibt, war die Kluft zwischen Regenten und Regierten niemals so breit und so tief; niemals vorher erhob sich deshalb auch die Frage: mit dem Volke, auch wenn dabei die Beziehungen zur Regierung ruiniert werden; oder mit der Regierung, auch wenn der Eindruck einer Konspiration der Herrschenden droht?

Natürlich stellt sich die Frage in der Praxis nicht so scharf, aber es wäre falsch, ihre Bedeutung zu unterschätzen. An der Jahreswende 1981/82 geriet die Bundesrepublik bei ihren eigenen Verbündeten fast in die Isolierung, weil sie weit weniger emotional und rhetorisch auf die Unterdrückung der „Solidarität“ reagierte als alle anderen (außer dem Vatikan). Wer seitdem an inner-westlichen Diskussionen über Polen teilnahm, konnte beobachten, wie demokratische und moralische Grundsätze in bemerkenswert hohem Maße die politischen Empfehlungen bestimmte — besonders bei Amerikanern, Westeuropäern und bei der jüngeren Generation in der Bundesrepublik.

Darf man sich mit Jaruzelski arrangieren, wenn die Mehrheit der Polen das nicht will? Die erste Antwort besteht in der Gegenfrage: wer weiß zuverlässig, was die Mehrheit der Polen wirklich will? Auch muß man differenzieren: viele sind gegen den General, aber auch gegen westliche Sanktionen. Aber das reicht natürlich nicht als Antwort. Wenn sich mit höchstmöglicher Zuverlässigkeit erwiese, daß die meisten Polen die internationale Isolierung ihrer Regierung wünschen — was tun wir dann? Manche sagen, demokratische Politik verlange, diesem Wunsch der Mehrheit zu folgen — sogar dann, wenn es erkennbar zu Lasten der polnischen Nation gehe.

Die Gegenposition ist, daß es in der Politik keine Gesinnungs-, sondern nur Verantwortungsethik gibt: wer handelt, muß alle Folgen seines Handelns vertreten. Das aber heißt, er muß darüber selbst und nach eigenen Erkenntnissen entscheiden.

Hinzu kommt: die Polen können sich irren, wie viele Völker sich bei der Wahrnehmung ihrer Bedürfnisse geirrt haben — die deutschen Leistungen sind da besonders eindrucksvoll. Außenstehende erkennen zuweilen besser, was dem Betroffenen nützt — diese Möglichkeit sollte niemand ausschließen, der über Polen nachdenkt.

Aber auch wir können uns gründlich irren. Außerdem gehen die Auffassungen darüber, was einem Lande gut tut, manchmal weit auseinander — zwischen Deutschen und Polen vielleicht besonders weit. Wir dürfen den Polen nichts vorschreiben, auch Belehrungen sind unangebracht — aber das gilt umgekehrt ebenso. Es ging zuweilen bis an den Rand des Erträglichen, wie polnische Patrioten, meist im Exil, oft Träger klangvoller Namen, die Bundesrepublik moralisch unter Druck zu setzen versuchten.

Es ist unvermeidlich, hier an einige Selbstverständlichkeiten zu erinnern, die aufhörten, es zu sein. Die erste Selbstverständlichkeit ist, was die Polen ihre „geopolitische“ Lage nennen: Polen gehört — durch deutsche Schuld — seit 1945 politisch zum sowjetischen Machtbereich, und daran kann sich auf absehbare Zeit nichts ändern, weil weder eine neue Oktoberrevolution noch der Steppenbrand eines ganz Osteuropa bewegenden Aufstands zu erwarten ist. Der inneren und der äußeren Freiheit der Polen sind Grenzen gesetzt, die man erweitern, aber nicht überspringen kann. Fortschritte sind möglich, sogar erstaunlich große, wie die Jahre 1980 und 81 zeigen, aber nur so lange, wie kühle Vorsicht waltet und die Entwicklung unter Kontrolle bleibt. Wer das Ganze will, wird auch die erreichten und die erreichbaren Teile verspielen.

Die zweite Selbstverständlichkeit ist, daß es keine Politik gibt unter Auslassung der Regierungen. Menschen und Nationen kommen sich erst näher, wenn ihre Regierungen dafür den Rahmen schaffen; falls es sich um autoritäre oder gar totalitäre Staaten handelt, spielt sich „oben“ mehr ab als „unten“, offiziell mehr als im Privaten. Zwischen der Bundesrepublik und Polen hatten sich in den 70er Jahren eine solche Vielzahl und Vielfalt von Begegnungen und Verbindungen entwickelt, daß nicht nur Bonn, sondern auch Warschau den Überblick verlor. Doch die Voraussetzung war und blieb ein gutes Verhältnis zwischen den Regierungen.

Nach der Erklärung des Kriegsrechts änderte sich daran weniger als erwartet: „unten“ gab es mehr Kommunikation als „oben“, die Menschen trafen sich noch, während die Regierungen sich mieden. Millionen Privat-Pakete gingen nach Polen, aber der Wirtschaftsverkehr stagnierte, soweit er nicht blockiert wurde. Dieser, im Ost-West-Verhältnis einmalige Zustand verführte mancherorts zu der Vorstellung, daß man so weitermachen könne: das Volk pflegen und die Führung strafen, die Opposition ermuntern und die Herrschenden unter Druck halten. Jeder professionelle Politiker weiß, daß dies nicht durchzuhalten ist; aber auch den Routiniers entgeht zuweilen, daß die Rückkehr zu normalen zwischenstaatlichen Umgangsformen nicht genügt, wenn man etwas erreichen will. Mit einem Wort: wir müssen Politik mit der Regierung machen, die Polen jeweils hat.

Das bedeutet nicht, sich mit jedem Regime zu identifizieren; und es heißt schon gar nicht verleugnen, wo unsere Sympathien liegen, nämlich bei allen, die in Polen unter dem Mangel an Demokratie leiden und auf Demokratie drängen. Wer in Not

gerät, hat Anspruch auf westliche Hilfe, soweit sie möglich ist; wer für bürgerliche oder nationale Freiheit kämpft, hat unser Verständnis und innere Teilnahme. Es muß immer klar bleiben, wo eine Demokratie wie die Bundesrepublik steht, und manchmal müssen auch ihre Repräsentanten es sehr klar sagen. Aber niemand mache sich Illusionen: Mißverständnissen und Mißdeutungen entgeht man trotzdem nicht. Die Polarisierung ist in Polen viel zu groß, als daß man es allen recht machen kann; selbst in allen Lagern respektiert zu bleiben, ist schwer.

Nötig erscheint in solcher Situation, die eigene Unabhängigkeit zu wahren und sich von keiner Seite zur Parteinahme drängen zu lassen. Nötig erscheint ferner, alles zu vermeiden, was unerfüllbare Hoffnungen erweckt. Nichts wäre schlimmer als der berechtigte Vorwurf, der Westen oder gar die Deutschen hätten Polen Versprechungen gemacht und sie dann sitzen lassen.

Die dritte Selbstverständlichkeit ist: Kein Staat, auch unserer nicht, treibt Polen-Politik in Fürsorge für die Polen. Im Gegenteil: deren Bedürfnisse werden nur soweit bedacht, wie die eigenen Bedürfnisse dafür Raum lassen. Oft aber nicht einmal das. Das größte Problem westlicher Polen-Politik liegt nicht im Zweifel über den richtigen Weg, sondern in der tiefen Gleichgültigkeit, die von Zeit zu Zeit nur unterbrochen wird, wenn die polnische Entwicklung explosiv oder sehr spannend zu werden scheint. Wer für Polen etwas tun und Illusionen vermeiden möchte, sollte wenig von Polens Unglück und viel von Interessen reden. Am besten hilft, wer nachweist, daß Polens Unglück allen schadet und daß aus Schwelbränden jederzeit wieder hohe Flammen schlagen können, die alle gefährden.

Die Interessen

Was sind die deutschen Interessen in Polen? Eine erste Antwort findet sich in einer Denkschrift evangelischer Christen in der DDR, gewidmet dem Thema „Sicherheitspartnerschaft und Frieden in Europa“¹. Darin heißt es: „Militärische Entspannung und gemeinsame Sicherheit ist in Europa nicht erreichbar und nicht haltbar, wenn eine der beiden Seiten durch ökonomische oder politische Krisen bedroht wird, die sie als Gefährdung der eigenen Existenzgrundlagen sehen muß. So ist im Augenblick nicht erkennbar, wie angesichts der anhaltenden Krise in Polen ausgewogene Truppenreduzierungen in Zentraleuropa (im Sinne der Wiener Verhandlungen) einschließlich Verifizierungsmaßnahmen auf dem polnischen Territorium durchführbar sein können, zumal wenn von außerhalb versucht wird, die Krise zur Destabilisierung des Bündnissystems der Warschauer Vertrag-Staaten zu benutzen. Sicherheitspartnerschaft in Europa bedeutet gegenseitige ökonomische und politische Stabilisierung, wenn Destabilisierung die gemeinsame Sicherheit bedroht. In diesem Sinne ist die Überwindung der Krise der polnischen Wirtschaft und die Herstellung der für die Überwindung notwendigen politischen Vorausset-

zungen in Europa eine gemeinsame Aufgabe Ost- und Westeuropas — trotz und inmitten der Auseinandersetzung zwischen den beiden politischen und gesellschaftlichen Systemen. Eine weiter über Jahre anhaltende Krise würde mit großer Wahrscheinlichkeit den Abbau der militärischen Konfrontation in Europa, der angesichts der Rüstungsdynamik für Ost- und Westeuropa überlebensnotwendig ist, blockieren.“

Die Verfasser der Denkschrift ziehen die Folgerung: „Die Bewältigung der (polnischen) Krise ist untrennbar mit der schrittweisen Wiederherstellung einer funktionsfähigen Wirtschaft verbunden. Die Überwindung der Krise ist Polen aus eigenen Kräften nicht möglich. Sie liegt im gemeinsamen Sicherheitsinteresse und fordert den gemeinsamen Einsatz von Ost- und Westeuropa.“

Es folgt der Vorschlag, beide deutsche Staaten sollten ihre Rüstungen reduzieren: „Die freiwerdenden Mittel werden zusammen von der BRD und DDR zum einen Teil zur unmittelbaren Überwindung der polnischen Wirtschaftskrise, zum anderen Teil für gemeinsame Wirtschaftsprojekte der drei Staaten in Ländern der Dritten Welt eingesetzt, sobald in der Volksrepublik Polen auf der Grundlage der nationalen Verständigung und der Verfassung die Voraussetzungen für eine durchgreifende wirtschaftliche Gesundung gegeben sind.“

Die Realisierbarkeit dieses Vorschlags erscheint sehr zweifelhaft, die Autoren sind ihrer Zeit zu weit voraus; aber die Art, wie hier gedacht wird, sollte zum Vorbild für die Deutschen beiderseits der Elbe werden. Frieden, Rüstungskontrolle und Abrüstung verlangen ein stabiles Polen, aber das ist nur das Minimum, denn Europa braucht sogar ein starkes Polen. Der Wunsch danach ist alt, aber seine Dringlichkeit wird erst richtig spürbar, seit Polen schwach ist. Erst jetzt zeigt sich, was die europäische Politik verliert, wenn Warschau seine Rolle nicht mehr spielen kann.

Kein Staat im Osten hat, schon seit Ende der 50er Jahre, so stark und mit nur wenig unterbrochener Konsequenz alles gefördert, was die Teilung Europas überwinden hilft. Wer Polen kennt, weiß, daß hier tief verwurzelte Traditionen und Überzeugungen wirken; auch die kommunistischen Führer beugten sich ihnen, soweit sie sie nicht schon immer teilten. Als nach dem Kriege die künftige Außenpolitik Polens zur Debatte stand, entwickelte ein kluger Mann drei Möglichkeiten: Mit der Sowjetunion gegen Europa? Mit Europa gegen die Sowjetunion? Mit der Sowjetunion für Europa? Das Dritte war die Lösung, die einzig mögliche Form, die polnischen Erfordernisse mit den neuen Machtverhältnissen in Einklang zu bringen.

Polen hatte unter allen Ost-Staaten auch die besten Voraussetzungen, europäische Politik zu treiben. Es ist nicht Grenzland zur NATO, kann sich also mehr Offenheit nach Westen leisten als die DDR und die Tschechoslowakei. Zugleich schuf ihm die Internationalität des Polentums und des polnischen Katholizismus besondere Möglichkeiten im Westen. Die Zahl der Auslandspolen wird auf zehn Millionen geschätzt, sechseinhalb Millionen davon in den Vereinigten Staaten. Daß schon zweimal amerikanische Präsidenten Warschau besuchten, zeigte, wie sich Innen- und Außenpolitik der USA zu Gunsten des kommunistisch regierten Polen verbanden. Und dann der polnische Papst. Obwohl er, wie auch die Auslandspolen, für die Warschauer Führung keineswegs nur Freude bedeutete, war sie fast immer

¹ Anfang 1983 verfaßt von der „Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR“.

klug genug, ihre Beziehungen zur *Polonia* wie zu Rom zu pflegen und zu nutzen. Zu alledem kam schließlich, daß Polen immer eine gewisse, seit 1956 sogar erhebliche Sonderstellung im östlichen „Lager“ einnahm. Die doktrinäre Enge des Systems war in Polen nie so eng wie anderswo; zu Hause wie im Ausland bewegten sich Polen unbefangener und selbstbewußter; auch in den offiziellen „Delegationen“ gab es immer mehrere oder viele Mitglieder, die nicht wie Funktionäre redeten, sondern Gesprächspartner waren.

Polen erwies sich schon früh als das „umgänglichste“ Land der östlichen Allianz und blieb es, wenn man von den Tschechen der Jahre 1967/68 und von Ungarn absieht. Polen erwarb sich im Westen Respekt als ein Staat, der erheblich mehr ist als ein Teil seines Blocks; es hatte die besten Verbindungen nach Westen und die größten Möglichkeiten dort. Im Osten gewann es damit keineswegs nur Freunde, aber trotz mancher Schwierigkeiten, besonders mit Moskau, Prag und Ostberlin, blieb unter dem Strich doch ein Plus an Bedeutung auch im eigenen „Lager“.

So kam es, daß Polen zeitweise eine Doppelrolle spielte, in der es zugleich Vertreter seines Bündnisses und Vermittler zwischen den Bündnissen war. Es transportierte sowjetische Interessen und verfolgte damit auch die eigenen, die oft mit europäischen Notwendigkeiten übereinstimmten. Zwei der wichtigsten Initiativen der Nachkriegszeit kamen so zustande; in Warschau wurde der Rapacki-Plan für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa erfunden, ebenso die KSZE, die all-europäische Konferenz von Helsinki. Beide Projekte beruhten auf demselben Grundgedanken: zwischen den feindlichen Fronten etwas entstehen zu lassen, was die Konfrontation hemmt und mildert.

Ein innerlich schwaches Warschau kann diese Tradition nicht fortsetzen, auch wenn es das will, was zumindest für Teile der Jaruzelski-Führung sicher erscheint. Aber wie soll ein Staat eine eigene und selbstbewußte Außenpolitik treiben, der wirtschaftlich von der berechneten Großzügigkeit seiner Vormacht abhängt und dessen Regierung von der eigenen Bevölkerung dauernd demonstrativ in Frage gestellt, von den Nachbar-Regierungen permanent beargwöhnt und vom Westen isoliert wird?

Doch unser Interesse gebietet nicht nur ein starkes Polen, das als Anwalt der Entspannung wieder Gewicht hat — uns muß auch an einem Polen liegen, in dem Liberalität, Pluralität und europäischer Geist sich soweit ausbreiten, wie es in diesem Teil des Kontinents gerade noch möglich ist. Natürlich ist das zunächst ein Wunsch für die Polen, außer wirtschaftlicher Erholung das Dringendste, was sie brauchen und verdient haben. Aber jenseits der Gefühle liegt hier auch ein Interesse, das eine weitsichtige Politik für Europa und Deutschland zu beachten hat.

In der zitierten Formel *Mit der Sowjetunion für Europa* steckt zweierlei: einmal die Auffassung, daß die Sowjetunion nicht ganz zu Europa zu rechnen sei — mit ihrem riesigen sibirischen Hinterleib und dem Ausschluß aus wichtigen Etappen der europäischen Geschichte; zum anderen das Gefühl, zwischen dem eurasischen Koloss im Osten und dem übrigen Europa eine Mittlerstellung zu haben.

Wer dreißig Jahre zurückdenkt, kann nicht übersehen, daß sich die Sowjetunion langsam, aber stetig und deutlich wandelt. In Lebensverhältnissen, Lebensgewohnheiten, Lebensauffassung und nicht zuletzt in den Ansprüchen nähert sie sich Europa. Die Ursachen dieses Prozesses sind vielfältig; sicher aber ist, daß die

mit Moskau verbündeten Länder dabei eine wichtige Rolle spielen, vielleicht eine wichtigere sogar als der Westen. Zu einem guten Teil dringt westlicher Einfluß nicht direkt, sondern über die mittleren und kleinen Oststaaten in die Sowjetunion. Mindestens ebenso folgenreich ist es, daß diese Staaten aus europäischer Tradition leben und meist sozial-ökonomisch weiter entwickelt sind als ihr großer Nachbar im Osten. Für den sowjetischen Reisenden sind — dafür gibt es zahllose Belege — Warschau und Budapest, Prag und Ostberlin bereits „der Westen“.

Die Wirkung, die Polen auf diesen Prozeß ausübt, läßt sich nicht messen. Sicher erscheint aber: daß die Polen es sind, die zwischen Russen und Deutschen wohnen, ist ein Glück für ganz Europa — aber nicht zuletzt auch für die Russen und Deutschen. Zwischen Ernst und Tiefe muß es ein Element der Leichtigkeit geben; zwischen die Recht-und-Ordnung-Fanatiker gehören Rebellen, und zwischen Philosophen und Dogmatikern braucht der freie, auch der spielerische Geist einen Platz. Das polnische Temperament, und das ist zu einem guten Teil auch die polnische Originalität, bringen Unruhe, Erholung und Belebung in das Land zwischen Elbe und Ural. Wer gegen die Blocks im Sinne von Angleichung und für die Vielfalt der Nationen ist, muß besonders entschieden für die Polen sein; sie sind oft unbequem und schwierig, aber unentbehrlich.

Was besagt das alles für eine Abwägung politischer Interessen? Nichts anderes wohl, als daß Interessen nicht nur in errechenbarem Gewinn bestehen, sondern auch in der Begünstigung von Entwicklungen, die erst auf lange Sicht Änderungen versprechen. Wie soll sich das Ost-West-Problem Europas mildern, wenn nicht durch eine schrittweise Rückkehr der östlichen Mitteleuropäer zu ihren demokratischen Traditionen und eine Annäherung der Sowjetunion an den Rest des Kontinents? Dieser Prozeß hat begonnen, und Polen ist dabei wichtig.

Auch hier aber müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß Polen zur Zeit keine Rolle spielt. Spätestens seit 1980 hat es seine Ausstrahlungskraft verloren, für viele im Osten wurde es sogar zum abschreckenden Beispiel. Das erstaunliche Experiment einer wirklich unabhängigen Gewerkschaft, selbst die moralische Revolution, die das ganze Land bewegte — die Nachbarn haben davon wenig bemerkt. Sie sahen die Übertreibungen und bekamen Furcht vor einem Rückschlag, der nicht nur in Polen alles wieder schlimmer machen werde; und sie sahen das trostlose Bild der polnischen Ökonomie: eine unsichere Freiheit, die durch extremen Mangel erkauft ist — das wollten die Nachbarn alle nicht.

Die Methoden

Nach dem 13. Dezember weiterzumachen, als sei nichts geschehen, war unmöglich. Schweigen wirkt als Zustimmung und befreit eine autoritäre Regierung von außenpolitischer Rücksicht. Gerade wer Entspannungspolitik befürwortet, muß klarmachen, daß es eine voraussetzungslose Entspannung nicht geben kann; denn damit würden die Völker Osteuropas ihren Führungen und die Staaten dort der Sowjetunion ausgeliefert. Natürlich sind sie ausgeliefert, aber doch nicht ganz. Solange das Ost-West-Verhältnis nicht er stirbt, bleiben harte innenpolitische Entscheidungen

im Osten nicht frei von der Frage, was sie für die Beziehungen zum Westen bedeuten.

Bedingung ist allerdings, daß Beziehungen bestehen, die Rücksicht überhaupt lohnend erscheinen lassen. Nur solange, wie der Osten sich vom Westen etwas verspricht, muß er darauf achten, was man dort denkt und sagt. Das heißt: Entspannung und Kooperation sind der Normalfall, Verweigerung und Unterbrechung sind der Ausnahmefall. Zusammenarbeit kann sinnvoll nur begonnen und betrieben werden, wenn es um der Zusammenarbeit willen geschieht, in der festen Absicht also, sie als Dauerzustand zu betrachten. Nur außergewöhnliche Umstände, eine evidente Störung der Geschäftsgrundlagen von Entspannung und Kooperation, können eine Unterbrechung oder Reduzierung begründen.

Entscheidend dabei ist, den Zeitpunkt zu erkennen, da eine Einschränkung der Beziehungen das Gegenteil ihres Zwecks bewirkt. In Polen war das nach der Suspendierung des Kriegsrechts Ende 1982 der Fall, obwohl viele Ausnahmebestimmungen noch in veränderter Rechtsform weitergalten. Die polnische Regierung, so zeigte sich, wollte das Odium der Militärherrschaft loswerden, aber blieb entschlossen, nur jeweils soviel Leine zu lassen, wie es ihr die innere Sicherheit zu erlauben schien. Wer im Westen politisch dachte, durfte nichts anderes erwarten; er mußte jedoch bemerken, daß die Isolierungspolitik der NATO „kontraproduktiv“ zu werden begann. Sie erschwerte die wirtschaftliche Lage Polens, behinderte zumindest die ökonomische Erholung. Sie stählte in Warschau den „Beton“ und unterspülte die Position der Kräfte, die auf Modernität, Reform und West-Kooperation bedacht sind. Sie trieb schließlich Polen noch tiefer in die Arme der Sowjetunion; da sonst niemand Jaruzelski wirtschaftlich und politisch Rückhalt gab, blieb ihm nur der ohnehin schon übermächtige große Verbündete. Der alte Zirkel stellte sich wieder ein: der Westen beklagte die Kreml-Abhängigkeit Polens, die er selbst betrieb.

Wer sich künftige Polenpolitik überlegt, sollte sich der Vergangenheit erinnern. Direkt konnte der Westen sehr wenig bewirken, indirekt aber viel. Die gesamte Entwicklung Polens nach 1970 wäre unmöglich gewesen ohne das Ende der deutschen Gefahr, bestätigt im Warschauer Vertrag, und eine Entspannung, die das Ost-West-Verhältnis in ganz Europa milderte wie nie zuvor seit dem Beginn des Kalten Krieges. Die breite Westverflechtung der Wirtschaft Polens, die außerordentliche innenpolitische Toleranz, ferner die Entstehung einer unabhängigen Arbeitervertretung in der „Solidarität“ und schließlich ein Parteitag mit wirklichen Wahlen — die Führung in Warschau hätte all das nicht wagen und die in Moskau nicht erlauben können, wenn sie eine Bedrohung von außen empfunden hätten.

Der Westen hat die polnischen Veränderungen nicht verursacht, wohl aber ermöglicht. Doch was hat es genützt, so geht der Einwand, wenn am Ende alles schlimmer ist als vorher: Polen nahm mehr Westkredite auf als alle anderen Ost-Staaten und steckt heute in der tiefsten Wirtschafts-Krise; Polen trieb, vielleicht von Ungarn abgesehen, die entschiedenste Politik der Öffnung nach außen und Lockerung im Inneren, aber endete im Kriegsrecht.

Doch sind das Argumente gegen die Entspannung? Oder zeigen sie nicht vielmehr, daß die Entspannung zu erfolgreich war, weil sie mehr Bewegung freisetzte, als der polnische Staat bewältigen konnte? Ist wirtschaftliche Kooperation

falsch, weil der Partner sich übernommen hat? Übertreibungen, das gilt überall, können eine Sache ins Gegenteil verkehren, aber damit wird die Sache noch nicht falsch.

Die Entspannungspolitik ist durch Polen nicht widerlegt, ihre Erfahrungen gelten weiter: Zeiten der Konfrontation stärken die Dogmatiker in den Führungen und schwächen die Reformer. Sie engen den Bewegungsraum der mittleren und kleinen Ost-Staaten innen- wie außenpolitisch ein und verstärken deren Abhängigkeit von Moskau. Zeiten der Entspannung zwischen den „Lagern“ fördern hingegen Entspannung auch im Inneren der einzelnen Länder und innerhalb des Warschauer Pakts. Der Mechanismus ist der gleiche wie in der NATO: wenn Gefahr droht, ist Disziplin erstes Gebot; wenn sich alle sicher fühlen, lockern sich die Bindungen und Pflichten.

Aber das ist noch nicht alles. Die schärfste Kritik an der westdeutschen Politik der 70er Jahre richtet sich gegen deren scheinbare Perspektivlosigkeit: da Entspannung Stabilität verlange, ende alles in der Festigung des Status quo; um der eigenen Ruhe und der guten Geschäfte willen überantwortete Bonn das östliche Europa der Sowjetunion. Richtig daran ist, daß schon seit Mitte der 70er Jahre westdeutsche Ostpolitik mehr verwaltet als zielstrebig betrieben wurde. Aber auch hier wäre zu erinnern: daß eine Sache nachlässig gemacht wird, besagt noch nichts gegen die Sache; und daß die Verantwortlichen in Bonn den tieferen Sinn und weiteren Zweck ihrer Ostpolitik meist aus den Augen verloren, bedeutet nicht, daß es Sinn und Zweck nicht gibt.

Für unsere Polenpolitik gilt das gleiche wie für unsere Deutschlandpolitik: wesentliche und dauerhafte Veränderungen sind nicht isoliert zu erreichen, weder die DDR noch Polen kann zu einer Insel der Seligen werden, während sonst in dieser politischen Region alles beim alten bleibt. Wie für die DDR so beruht auch für Polen alle solide Hoffnung auf einem *allgemeinen* Wandel im Osten. Doch dieser Wandel ist nur vorstellbar, wenn sich in ganz Europa das Ost-West-Verhältnis qualitativ verbessert. Innere und äußere Emanzipation wird den Mitgliedern des Warschauer Pakts erst möglich werden, wenn sich parallele Entwicklungen im Westteil des Kontinents vollziehen.

Polenpolitik ist deshalb, wie Deutschlandpolitik, in einem umfassenden Sinne Europapolitik: sie fördert alles, was die Blockgegensätze überwinden hilft. Je entschiedener und konsequenter sich die Bundesrepublik diesem Zweck widmet, desto größer wird das Verständnis, und später auch die Zusammenarbeit, mit Polen werden. Diese indirekte Methode ist die wichtigste; sie macht am wenigsten her, wird meist nur von Fachleuten bemerkt, aber verspricht, ohne daß es sich messen ließe, die meiste Wirkung.

Doch die direkte Politik wird damit nicht überflüssig — im Gegenteil: nichts spricht heute mehr dagegen, im zweiseitigen Verhältnis zwischen Polen und der Bundesrepublik alle Fäden wieder aufnehmen, die sich noch finden lassen. Das gilt zunächst für die Wirtschaft.

Warschau leidet unter einer Doppelkrise, es kam nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch ans Ende seiner Möglichkeiten. Natürlich hängt beides zusammen: politische Besserung größeren Umfangs setzt wirtschaftliche Besserung voraus — und umgekehrt. Doch aufzubrechen ist dieser Teufelskreis noch am leichte-

sten auf der ökonomischen Seite. Zwar kann man die politische Krise nicht wirtschaftlich lösen, aber man könnte versuchen, die Politik von den ruinösen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu entlasten — allen fiel dann alles leichter, auch Konzession und Kompromiß. Daß Polen in einem zumutbaren Zeitraum mit beiden Problemen fertig wird, ist unwahrscheinlich; aber daß es die politischen Probleme eher bewältigt, wenn der wirtschaftliche Druck nachläßt, kann man wenigstens hoffen — es ist die einzige Hoffnung.

Doch im Blick auf die immensen Schulden Polens fragt es sich, wie man hier vorgehen könnte. Nach der blühenden Kooperation der siebziger Jahre sind große Teile der polnischen Industrie heute auf Zulieferungen aus dem Westen angewiesen, die sie nur sehr mühevoll, oft unzureichend oder gar nicht mehr bekommen. In extremen Fällen hängt eine ganze Produktion an geringen Mengen einer einzelnen Substanz; in anderen kommen wesentliche Bestandteile eines polnischen Erzeugnisses aus einem West-Land, Rohstoffe, Halbfabrikate, Fertigteile zum Einbauen.

Die Frage wirtschaftlicher Unterstützung für Polen stellt sich daher anders, als sie oft diskutiert wird. Nicht ungebundene Kredite, wie früher, sind nötig; Warschau bittet auch gar nicht mehr darum. Zu prüfen wäre, ob und wie weit man der polnischen Industrie die Materialien zukommen lassen kann, ohne die ihre Produktion stillsteht — selbstverständlich unter sorgfältiger Risikoabwägung und Kontrollierbarkeit der gezielten Lieferungen. Man muß auch nicht sogleich in den Dimensionen eines Marshall-Plans denken; viel wäre schon geholfen, wenn Inseln der ökonomischen Erholung entstünden.

Wie in der Wirtschaft wird auch sonst manches mühsamer sein als vorher. Die Zeit, als auch die Warschauer Führung die Fülle der Begegnungen und Veranstaltungen nicht mehr übersah und das sogar für einen Erfolgsbeweis der Verständigungsbemühungen betrachtete, wird nicht so schnell wiederkehren. Die neue Regierung hat hinreichend deutlich gemacht, daß sie alles unter Kontrolle haben möchte.

Aber dabei sollte zweierlei nicht vergessen werden: auch in den besten Zeiten war es früher nicht immer leicht. Das letzte „Forum“ 1980, als die polnische Delegation mit engen Auflagen nach Darmstadt kam und die Diskussion weit unter dem Niveau der politischen Beziehungen blieb, ist vielen Teilnehmern noch in schlechtester Erinnerung. Andererseits wurde zu allen Zeiten manches möglich, was auch Kenner nicht für möglich hielten. In Polen geht manchmal weniger, als gehen sollte; oft aber geht mehr, als gehen dürfte — so war es immer, und so wird es auch bleiben. Alle, die etwas vorbereiten, werden künftig sorgfältiger überlegen und noch mehr Empfindlichkeiten und Interessen berücksichtigen müssen als früher, aber Grund zur Entmutigung besteht nicht.

Die Bilanz der Beziehungen, wie sie dieser Band dokumentiert, ermutigt vielmehr; vor allem verpflichtet sie. Zum Schlimmsten, was Polen künftig geschehen kann, gehört die Abriegelung vom Westen. Das Schlimmste, was wir tun können, wäre die Beihilfe dazu.